

# Revo vor Ort Spezial: Palästina

*von Lars Keller*

Wie schon 2017 besuchten wir Ende Oktober 2018 wieder mit einer kleinen Delegation das International Volunteer Camp (IVC) bei Ramallah in Palästina. Organisator ist die Independent Youth Union (IYU), eine sozialistische Jugendorganisation, welche in der West Bank sehr aktiv ist und mit welcher REVOLUTION seit einiger Zeit im Austausch steht.

Das IVC wurde neben uns auch von den Falken sowie der Sozialistik Ungdom Norwegen und Dänemark besucht. Das Camp bestand aus Workshops, in denen Themen wie Feminismus / antisexistische Arbeit, israelische Besatzung in Palästina oder die Politik der einzelnen teilnehmenden Gruppen behandelt wurden. Wir brachten uns mit einer intensiven Diskussion zur Einstaatenlösung im Nahost-Konflikt in das Camp ein. Den größeren Teil des IVC stellt aber die sogenannte „volunteer work“ dar, was z.B. das Streichen von Wänden auf einem Pausenhof in einer Schule bedeutete. Diese Praxis leitet sich aus der Intifada ab, als die palästinensische Bevölkerung sich gegen das israelische Regime erhob und das Alltagsleben durch volunteer work organisiert wurde. Nichtsdestotrotz hätten wir uns natürlich ein Camp gewünscht, was ein deutlich größeres Gewicht auf politische Diskussionen legt.

Lohnenswert ist eine Reise nach Palästina dennoch, alleine schon, weil es für uns zu einem gelebten Internationalismus gehört. Im Austausch mit den Genoss\_Innen der IYU bekamen wir eine Einsicht in eine Welt, von der man in Deutschland nur selten etwas mitbekommt. Während von den deutschen Medien über jede Rakete in Richtung Tel Aviv, fast schon über jeden Steinwurf auf israelische SoldatInnen „umfassend“ berichtet wird, erfahren wir umso weniger über die Situation in Gaza und der Westbank. Damit meinen wir nicht nur Hunderte Toten, Verletzten und politisch Inhaftierten, die der israelische Staat zu verantworten hat, die weiter vor sich gehende Vertreibung, den Landraub oder das Zerschlagen von Demonstrationen. Auch meinen wir nicht nur die rassistischen Übergriffe von Siedler\_Innen auf Palästinenser\_Innen.

Nein, das fängt schon mit der Lebensrealität an. Diese ist für viele in der Westbank prekär. Israel hat Zugriff auf die Wasser- und Stromversorgung und stellt den Strom auch mal für ein paar Tage ab, wenn in Dörfern Proteste stattfinden. Die israelischen Siedlungen zapfen den Dörfern teilweise das Wasser ab. Die Infrastruktur ist vielerorts in schlechtem Zustand, die ärztliche Versorgung ist unzureichend, vor allem in den Camps der Vertriebenen.

Die Lage in Gaza ist mit einem riesigen Freiluftgefängnis vergleichbar. Laut der Weltbank sind 80 % der dort lebenden Menschen auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen; die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 58 %. 1995 baute Israel einen elektrischen Zaun und eine Betonmauer um Gaza und unterbrach damit

die Verbindungen zu den besetzten palästinensischen Gebieten im Westjordanland. Seit Beginn der Belagerung hat Israel drei große militärische Angriffe auf Gaza gestartet. Der letzte große Angriff fand 2014 unter dem Namen „Operation Schützende Klinge“ statt. Die israelische Armee tötete mehr als 2.100 PalästinenserInnen, darunter 1.462 ZivilistInnen und fast 500 Kinder. 11.000 wurden verwundet, 20.000 Häuser zerstört und eine halbe Million Menschen aus ihren Häusern vertrieben.

Auch heute hat Israel schon den nächsten großen Schritt im Visier. Beflügelt von Trumps Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt zielt das zionistische Regime auf eine Teilung der Westbank und ein komplett israelisches Jerusalem ab, was eine neue massenhafte Vertreibung bedeuten würde. Die Likud-Partei lässt bei all dem keine Gelegenheit aus, immer wieder auch die Annexion des gesamten Westjordanlandes ins Spiel zu bringen (Likud = dt. „Zusammenschluss“).

Nur der jahrzehntelange Widerstand der palästinensischen Bevölkerung hat bisher die vollständige Unterjochung, Besetzung und weitere Vertreibung verhindert. Die bürgerlichen Medien und die zionistische Propaganda stellen dies auf den Kopf. Nicht die fortgesetzte Aggression der Unterdrückter\_Innen, nicht die Entrechtung und Vertreibung, sondern der Widerstand gegen dieses Unrecht gilt als Ursache des Konflikts. Die palästinensischen Massen erscheinen als „unruhestiftend“, weil sie sich nicht ihrem Schicksal ergeben. Dabei ist es in Wirklichkeit der zionistische Staat, der berechtigten und mitunter auch verzweifelten Widerstand immer wieder provoziert und hervorruft. Als Revolutionär\_Innen sehen wir es als unsere Aufgabe an, den palästinensischen Widerstand zu unterstützen und über Grußbotschaften heraus auch programmatische Diskussion zu suchen. Denn ohne internationale Solidarität, Unterstützung und einer kollektiven Diskussion über die Forderung, die es bedarf, um das Unrecht zu beenden, kann sich die Situation vor Ort nicht verändern!

Einen ausführlichen Bericht, Interviews mit der IYU oder mehr zur Perspektive des palästinensischen Widerstandes findet ihr auf unserer Homepage.

---

## **Die Grünen: Warum sind die gerade so in? 5 Fragen, 5 Antworten**

von *Felix Ruga*

### **1. Wie groß ist der Erfolg?**

Seit 2011 regieren die Grünen in Baden-Württemberg, doch dass sie im deutlich konservativeren Nachbarland Bayern mal fast 18 Prozentpunkte und damit mit

Abstand den zweiten Platz bekommen würden, wie bei der Landtagswahl im Oktober, hätten bis vor kurzem wohl nur wenige geglaubt. Auch in Hessen haben sie nach einer Legislaturperiode Koalition mit der CDU ähnlich deutlich zusetzen können, in beiden Fällen knapp 9%, sodass es eine Weiterführung der Regierung in Hessen geben wird. Damit sind sie in der Hälfte aller Landesregierungen und koalieren dabei mit so ziemlich jeder größeren Partei außer der AfD.

Auch bundesweit sehen neueste Umfragen nicht schlecht aus, in denen sie momentan auf um die 20% geschätzt werden und damit zweitstärkste Partei wären. Sie würden damit ihr letztes Ergebnis aus 2017 von 8,9% mehr als verdoppeln! Kein Wunder also, dass in den bürgerlichen Medien die Grünen mittlerweile als die nächste Volkspartei gehandelt werden, auch wenn sie nach außen dieses Konzept ablehnen (Robert Habeck).

## **2. Wer wählt die Grünen? Wen vertreten sie?**

Abgeleitet vom Infratest bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern sind die Grünen besonders beliebt bei Menschen, die ein gehobenes Einkommen haben, unter 50 Jahre alt sind und in den Städten wohnen. Die Bildung spielt dabei anscheinend eine große Rolle, so haben anteilig 4 mal so viele Hochgebildete die Grünen gewählt wie Menschen mit niedriger Bildung. Außerdem werden sie vor allem von Personen gewählt, die entweder selbstständig sind oder Kopfarbeit verrichten, was oftmals mit dem hohen Bildungsstand zusammenfällt. Bei klassischen Arbeiter\_Innen ist sie dagegen unbedeutend. Aus diesen Dingen lässt sich klar erkennen, dass die gesellschaftliche Basis eine klein- und bildungsbürgerliche ist.

Nach außen geben sie sich als ökologisch, feministisch, pazifistisch und sozial, bemühen sich also um ein linkes Image, ohne dabei tatsächlich soziale Kämpfe voranzutreiben, sind sie einmal in der Regierung. Im Gegenteil, sie haben unter Schröder die Agenda 2010 und damit massiven Sozialabbau unterstützt, seit dem Kosovokrieg fast jeden Kriegseinsatz befürwortet und in der Regierung in NRW die Rodung des Hambacher Waldes beschlossen, wobei sie jetzt selbst als Vorreiter der Hambro-Proteste gelten wollen. Man könnte die Praxis der Grünen am ehesten als klassische bürgerlich-liberale Politik mit humanistischem Anstrich beschreiben, wobei in der Basis sicherlich viele aufrechte Humanist\_Innen sind.

## **3. Woher kommt der Erfolg?**

Man kann den Erfolg der Grünen nicht verstehen, ohne die Krise der Großen Koalition zu berücksichtigen. In ihrer Unfähigkeit, den Problemen der Gesellschaft wie Wohnungsnot, Pflege- und LehrerInnenmangel eine Antwort zu liefern, hat die GroKo für viel Enttäuschung gesorgt. So sind in Bayern viele Wähler\_Innen von den großen Parteien zu den Grünen abgewandert. Vor allem die, die vom miesigen Profil der Protestpartei AfD nicht angesprochen wurden. Dass die politisch nahestehende und

fallende SPD viele an die Grünen verlor, überrascht nicht, doch dass die CSU dies auch massiv tat, war nicht so leicht vorhersehbar. Es lässt sich aber mit dem Rennen zwischen CSU und AfD erklären, in dem es darum geht, wer die rechtere Politik macht: Das beschlossene Polizeiaufgabengesetz als Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die ständigen Diskussionen um den sogenannten „Asyltourismus“ und die AnKER-Zentren haben neben einigen anderen Sachen die CSU zu rechts für viele gemacht, sodass man sich links davon umschauchen musste. Die SPD gilt als verknöchert, die Linke konnte sich auch nicht als überzeugende Alternative präsentieren. So waren es die Grünen, die sich nicht nur in Bayern sondern bundesweit als humanistische Alternative zur AfD als Oppositionspartei profilieren konnten. Ihr Image ist jung und freundlich und sie haben darin den Spagat zwischen einem kosmopolitisch-urbanen Zeitgeist und einer Wellness-Heimatverbundenheit geschafft.

#### **4. Können wir also auf Linksruck hoffen?**

Wie schon vorher herausgestrichen dient die tatsächliche Politik der Grünen dem deutschen Imperialismus, verraten damit selbst viele ihrer Kernthemen. Dies konnte man auch wunderbar an den geplatzten Jamaika-Verhandlungen sehen, in denen die Grünen ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht haben, wie beispielsweise keine Fristen für den Kohleausstieg oder Autos mit Verbrennungsmotoren zu setzen. Sie waren sogar anpassungsfähiger als die FDP, die eine gewisse Tradition darin hat, schlichte Steigbügelhalterin der großen Parteien zu sein. Doch jetzt waren es die Grünen, die bereitwillig Merkel ins Kanzleramt hiefen wollten. Diese Nachgiebigkeit ist wohl auch der Hauptgrund, warum sie problemlos mit allen außer der AfD koalieren, von Linkspartei bis CDU. Deswegen sollten wir uns nichts vormachen, wenn es darum geht, ob die Grünen in der Regierung für eine bessere Situation der Lohnabhängigen sorgen werden.

Und deswegen sollte man auch bei der Frage vorsichtig sein, wie lange dieser Aufschwung anhalten wird. Die Menschen stecken Hoffnung in das humanistisch-ökologische Profil, doch die Grünen haben jetzt schon gezeigt, wie wenig dahinter steckt und wie schnell man vor dem Kapital einknickt, wenn es um Wirtschaftlichkeit, Wachstum und Abschiebungen geht. Es könnte zwar sein, dass bei den nächsten Bundestagswahlen keine Regierung mehr ohne die Grünen auskommt oder sie sogar selbst die/den Kanzler\_in stellen, aber ihre Versprechen eines „grünen und menschenfreundlichen Kapitalismus“ müssen an den Zwängen des Systems zerbrechen, denn in der globalen Konkurrenz um Profite und Märkte bleibt kein Platz für ökologische oder humanistische Begrenzungen. Und dies wird entweder zum offenen oder versteckten Verrat an ihren hehren Zielen führen.

#### **5. Wie sollte man sich nun dazu verhalten?**

Natürlich ist es ein besseres Zeichen, wenn die Grünen statt die AfD gewählt, auch

wenn man da auch nicht zu viel Hoffnung reinstecken sollte. Die Politik ist weiterhin bürgerlich und wird keine Lösung gesellschaftlicher Probleme anbieten können. Sie handeln nicht in unserem Interessen, denn sie vertreten nicht die Interessen unserer Klasse! Somit sollten man auf gemeinsame Aktionen und Bündnisse versuchen, ihre tatsächliche Politik zu enttarnen und damit erst recht nicht die eigenen Inhalte von ihnen abhängig machen. Schlussendlich ist es eine Partei, die das System aktiv stützt und davon gestützt wird!

---

## **Veranstaltung in Kassel: Wie können wir unsere Erde noch retten?**

VON DER KASSLER ORTSGRUPPE

Das Klima auf der Erde heizt sich weiter auf, Dürren und daraus resultierende Hungersnöte werden immer verheerender. Gleichzeitig schleudern Braunkohlekraftwerke nach wie vor tonnenweise CO<sub>2</sub> in die Luft und setzen eine Vielzahl extrem giftiger Stoffe frei. Waren werden um den halben Planeten geschifft, nur damit Unternehmen dort produzieren können, wo Arbeitskraft am billigsten ist. Natürliche Rohstoffe werden ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen ausgebeutet, die umliegende Natur dafür oft vollkommen zerstört. Das kapitalistische Wirtschaftssystem folgt dabei nur einer Logik: Maximierung der Profite der Konzerne. Diese Logik ist kurz davor unsere natürliche Lebensgrundlage für immer zu zerstören. Wie können wir die Profitlogik durchbrechen und unsere Erde noch retten?

Als Jugendorganisation haben wir uns in diesem Jahr ein neues Programm gegeben, in welchem wir Lösungsvorschläge für die Probleme unserer Zeit machen und versuchen, einen Weg zur Überwindung des Kapitalismus aufzuzeigen. Wir wollen über die Zerstörung der Umwelt durch den Kapitalismus informieren, welche Rolle die Politik und ihre Klima-Abkommen dabei spielen und unser neues Programm als Lösungsvorschlag vorstellen. Dabei soll natürlich viel Raum für Diskussion und Austausch sein. Wir freuen uns, wenn ihr vorbeikommt und mitdiskutiert, noch ist es nicht zu spät!

WANN? Dienstag, 23. Oktober 2018 von 18:30 bis 20:00

WO? Scheidemannhaus (Räume des Schlachthofes)

---

# **50.000 Menschen für den Hambacher Forst - Ein Bericht**

*Von Jonathan Frühling, REVOLUTION Kassel*

Gestern strömten zehntausende Menschen jeden Alters und Geschlechts, aus allen Teilen Deutschlands zum Erhalt des Hambacher Forst nach NRW. Das ist ein riesiger Erfolg für die Bewegung. Die Teilnehmer\_Innen wurden vor allem durch BUND, Greenpeace, Compact und Naturfreunde mobilisiert. Linke Gruppen waren dagegen allerdings kaum präsent. Neben Revolution und der Gruppe Arbeiter\_Innenmacht beteiligten sich einige hundert Menschen lokaler IL-Gruppen, sowie einige Personen von Linkspartei/SAV, außerdem Menschen aus verschiedenen anarchistischen Zusammenhängen. In der Masse der NGO-Anhänger gingen diese Gruppen aber regelrecht unter. Gewerkschafter\_Innen waren für uns überhaupt nicht auszumachen.

Während der Kundgebung fingen die Genoss\_Innen von „Ende Gelände“ mit ihrem „Waldspaziergang“ durch den Hambis und zur Abbruchkante an, dem sich im Laufe der nächsten Stunden nach und nach fast die gesamte Kundgebung anschloss. Die Polizei verhinderte die Aktion nicht. Auch Revolution und GAM beteiligten sich mit einem lautstarken Block, in dem Parolen gerufen wurden wie: „Streik, Besetzung überall, bring jetzt RWE zu fall!“ Die Aktivist\_Innen konnten sich durch den Spaziergang von der Schönheit des Waldes und von dem erschreckenden Ausmaß des Tagesbaus selbst ein Bild machen. Alle waren der Meinung: „Dieses Loch ist groß genug!“ und „Hambis bleibt!“

Die Aktivist\_Innen forderten nicht nur den Erhalt des „Hambis“, sondern traten auch für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der gesamten Kohleverstromung ein. Als Mittel zu dessen Durchsetzung wurden vor allem Appelle an die Politik gerichtet. Zwar wurde die Abholzung des Waldes für die nächsten 2 Jahre gerichtlich gestoppt, verlassen sollte man sich auf Politik und Gerichte allerdings nicht. SPD und CDU stehen offen hinter RWE und auch die Grünen haben an der Landesregierung grünes Licht für die Abholzung des Waldes gegeben. Eine nachhaltige, im Einklang mit der Natur stehende Gesellschaft wird nicht von der herrschenden Politik durchgesetzt werden, wenn wir sie nur von der Wichtigkeit überzeugen. Sie muss im Gegenteil gegen die bürgerlichen Parteien erkämpft werden. Politik und Wirtschaft sind für die rücksichtslose Ausbeutung der Natur verantwortlich, sowie das kapitalistische Wirtschaftssystem insgesamt, welches mit seiner Profitlogik einer nachhaltigen Klimapolitik entgegensteht. Die Umweltbewegung braucht deshalb auch eine klare antikapitalistische Perspektive und eine Perspektive, wie die Beschäftigten der Energiekonzerne für die Bewegung gewonnen werden können. Streiks in den Betrieben sind letztlich das einzige Mittel, die Macht der Konzerne zu brechen. Diese Perspektive fehlt der Bewegung aber leider bisher. Nichtsdestotrotz war die

Kundgebung gestern eine nicht zu ignorierende Machtdemonstration in Richtung RWE, Polizei und Landesregierung.

---

## Welche Strategie gegen die Kohlekonzerne?

*Flugblatt von ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION zur Demonstration am Hambacher Forst am 6. Oktober, Infomail 1023, 8. Oktober 2018*

Wöchentlich finden Massenproteste am Hambacher Forst mit tausenden Menschen statt, organisiert von Umweltschutzorganisationen wie BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), NABU (Naturschutzbund Deutschlands), Greenpeace, attac, den Grünen sowie Teilen der radikalen Linken. Währenddessen tagt in Berlin die sogenannte „Kohlekommission“, um bis zum Jahresende einen Plan zum Ausstieg aus der Kohleverstromung zu erarbeiten, wobei anzunehmen ist, dass der Ausstieg um viele Jahre verschleppt werden wird, während die selbst gesteckten Klimaziele Deutschlands (Reduktion des Treibhausgasausstoßes bis 2020 um 40 % im Vergleich zu 1990, Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung von 18 % bis 2020) in Rauch aufgehen.

Beim Kampf um den Hambacher Forst geht es dabei letztlich um weit mehr als den Erhalt eines Waldstücks und die Braunkohleverstromung. Er ist ein Bestandteil des Kampf um wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Sicherung der natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz - ein Ziel, das angesichts verschärfter kapitalistischer Konkurrenz in noch weitere Ferne rückt.

Gerade Jugendliche werden die Folgen der drohenden Klimakatastrophe noch viel härter zu spüren bekommen. Umweltschutz ist längst nicht mehr nur eine Sache von Alt-Hippies und 68ern, sondern aller. Die Jugend und die AktivistInnen im Hambacher Forst stellen eine neue Generation von Aktiven dar, die auch eine antikapitalistische Perspektive aufwerfen. Das heißt für uns, nicht nur zu meckern, sondern sich klare Gedanken dazu zu machen, was wir im Hier und Jetzt tun können, um unsere Ziele zu erreichen.

### **Braunkohle und Widerstand**

Der Tagebau Hambach ist Teil des rheinischen Braunkohlereviere, dessen Brennstoff in den naheliegenden Kraftwerken zur Stromerzeugung verfeuert wird. Neben dem Rheinland ist die Lausitz das zweite große Braunkohleabbaugebiet in der Bundesrepublik. Die in den rheinischen Kraftwerken freigesetzten Mengen des

Treibhausgas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) zählen zu den höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Elektrizitätswerke weltweit. Die Auswirkungen sind aber nicht nur die Freisetzung von CO<sub>2</sub>, sondern auch das Umkrempeln des Lebensraumes der Menschen zwischen Köln und Aachen. Acker- und Waldflächen sind verloren, Ortschaften und Verkehrswege wichen ebenso den riesigen Löchern in der Erde. Hinzu kommen Belastungen des Grundwassers und hochgiftiger Feinstaub.

Daher gab es mit Beginn des Braunkohleabbaus bereits Widerstand in den angrenzenden Ortschaften gegen ihre Umsiedlung. Viele davon existieren heute nicht mehr. Heute hat der Protest gegen den Kohleabbau seinen Schwerpunkt vor allem im Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel und für „Klimagerechtigkeit“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine Kritik am CO<sub>2</sub>-Ausstoß der sogenannten Industrienationen wie z. B. Deutschland, dessen negative Folgen (Dürre, Anstieg des Meeresspiegels, Stürme,...) vor allem die ausgebeutete halbkoloniale Welt zu tragen hat.

Viele AnwohnerInnen unterstützen zum Teil seit Jahren die Proteste gegen RWE & Co. Ein Großteil der Bevölkerung im Rheinland hält den Polizeieinsatz für überzogen, der der teuerste in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen werden könnte.

### **Frage der Protestform**

Der Einsatz, mit dem die AktivistInnen im Hambacher Forst Bäume besetzten oder im Rahmen von „Ende Gelände“ immer wieder in Tagebaue im Rheinland oder in der Lausitz eindringen, verdient enormen Respekt. Es wurde große öffentliche Aufmerksamkeit für die Thematik erzeugt und zumindest kurzzeitig der Betrieb gestört. Der Kampf der BaumhausbewohnerInnen bei der Verteidigung des Waldes verdient unsere Solidarität. All jene, die hierbei staatliche Repression erfahren, sind bedingungslos zu verteidigen.

Die Aktionsform, durch Besetzungen umweltschädliche Maßnahmen zu verhindern, hat eine lange Tradition in der Bewegung, die bis in die 1970er und 1980er Jahre zurückreicht. Um erfolgreich zu sein, muss sie allerdings auch mit einer Massenbewegung und Unterstützung verbunden sein. Ansonsten ist es für die Herrschenden ein Leichtes, die Bevölkerung gegen AktivistInnen in Stellung zu bringen und ihre Aktionen zu isolieren.

Im Hambacher Forst ist die Verbindung zweifellos gegeben. Die Aktiven der Besetzung sind politisch im wesentlichen libertär, anarchistisch oder (post)autonom geprägt. Aktionsbündnisse wie „Ende Gelände“ werden von der „Interventionistischen Linken“ und anderen post-autonomen Kräften dominiert. Die Massendemonstrationen und -aktionen wiederum werden vor allem von den Umweltverbänden und zu einem geringeren Teil Gruppierungen wie attac getragen - im „Hintergrund“ steht die Grüne Partei, in geringerem Maße die Linkspartei.



Auch wenn die radikaleren, anti-kapitalistisch ausgerichteten Kräfte den Aktionen ihren Stempel aufdrücken, so stellen die Umweltverbände die Masse und sind letztlich politisch in der Vorhand.

Dies hat zwei Gründe. Erstens können solche Besetzungen und militanten Aktionen einer Minderheit letztlich ohne eine unterstützende Masse und die Gewinnung der Öffentlichkeit nicht gehalten werden. Zweitens zielen sie natürlich darauf, Druck auf die Landesregierung auszuüben, RWE bei der Rodung zu stoppen und einen möglichst raschen Kohleausstieg zu erzwingen.

Doch wie dieser genutzt wird - darüber entscheidet keine „Bewegung“ und bestimmen erst recht nicht die BesetzerInnen oder „Ende Gelände“. Die Dynamik der Bewegung versuchen vielmehr die VertreterInnen von Greenpeace, BUND und der Grünen - ohne jegliche Kontrolle der Basis - beim Schacher am Verhandlungstisch der Kohlekommission für sich zu nutzen. Bislang mit bescheidenem Erfolg, werden doch „Ausstiegsdaten“ wie 2038 kolportiert. RWE will erst 2045 den Braunkohletagebau einstellen, Greenpeace soll sich angeblich mit 2030 anfreunden können. Inzwischen wollen die LobbyistInnen Fakten schaffen, da sie verhindern wollen, dass auch der noch verbliebene Teil des Hambacher Forstes „ungenutzt“ bleibt.

Die Umweltbewegung, vor allem aber die radikaleren AktivistInnen stehen hier vor einem Dilemma. Mit ihren Aktionsformen, ihren Mitteln können sie nicht mehr leisten, stehen ihm im Grunde nur zwei strategische Optionen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung und vor allem zur Reorganisation der Energiewirtschaft offen. Bei der einen läuft es auf eine generelle Reduktion, wenn nicht die Abschaffung industrieller Großproduktion hinaus, die durch „selbstverwaltete“ Formen der Kleinwirtschaft ersetzt werden soll. Ein solches Ziel ist nicht nur utopisch angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse. Es ist auch reaktionär, weil damit weder die Mittel zur Verfügung stünden noch die notwendige Koordination globaler Maßnahmen möglich wäre, um den Klimawandel zu stoppen und die Bedürfnisse von Milliarden Menschen auf der ganzen Welt zu befriedigen (einschließlich einer massiven Ausdehnung der Industrieproduktion auf große Teile der sog. „Dritten Welt“).

Der andere Ausweg ist ein Abkommen mit Kapital und Regierung zum „ökologischen Umbau“ der Gesellschaft. Daran werkelt zur Zeit die „Kohlekommission“.

## **Ökologie und Klassenkampf**

Ein solcher „grüner“ Deal wird nicht funktionieren. Eine gewisse Beschleunigung des Kohleausstiegs mag zwar erreichbar sein - aber sicher keine ausreichenden Maßnahmen beim „Gesamtpaket“ Klimawandel. Selbst das sog. 2-Grad-Ziel rückt global in weite Ferne.

Die zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Maßnahmen sind schlichtweg nicht durchsetzbar, solange die Umweltpolitik an den Profitinteressen des Kapitals ihre

Grenze findet, solange RWE & Co. bestimmen, was zu welchen Bedingungen produziert und verkauft wird.

Nehmen wir nur RWE, einen letztlich kleinen Teil des Gesamtproblems. Der Konzern macht riesige Profite durch die Stromproduktion, wobei die gleichzeitige Zerstörung unserer Lebensgrundlage billigend in Kauf genommen wird. Wenn nun gefordert wird, aus der Kohleverbrennung auszusteigen, ist es für die KapitalistInnen und auch die Regierung ein Leichtes zu sagen, das gefährde die Jobs der 9.000 Beschäftigten im Rheinland. Doch dieses Argument ist nur ein Vorwand. Die Kohleverbrennung ist vielmehr billig und daher ein zentrales Element im Profit von RWE (Nettogewinn 2017: 1,9 Mrd. Euro). Weiterhin hat RWE bereits massiv in die Braunkohleverstromung investiert, z. B. durch Kauf des Hambacher Forstes. Diese Investitionen hat ein kapitalistischer Staat wie Deutschland zu schützen und dementsprechend verhalten sich CDU, SPD, AfD und FDP - und auch die IG BCE. Und natürlich sind auch die Grünen für einen Deal mit dem Kapital zu haben, wie sie mit ihrer Zustimmung zur Rodung des Forstes in der ehemaligen rot-grünen Landesregierung hinlänglich bewiesen haben.

Tatsächlich sind die Jobs jedoch absolut zweitrangig für die KapitalistInnen und ihre staatlichen HelferInnen in der Landesregierung und im Bundestag. Wenn die Streichung von Stellen in den Augen der KapitalistInnen ihren Gewinn erhöhen könnte, so würden diese auch auf die eine oder andere Weise dem Drang nach Profit zum Opfer fallen. Ein Beispiel dafür findet sich in den 1990er Jahren, wo RWE tausende Arbeitsplätze durch Rationalisierung gestrichen hat.

Eine besonders unrühmliche Rolle bei der Verhandlung um den Kohleausstieg nimmt die sogenannte ArbeiterInnenbürokratie ein. In diesem Fall sind das konkret die Betriebsräte und die Führung der Gewerkschaft IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie). Jüngst haben Betriebsräte vor einem „vorschnellen“ Kohleausstieg gewarnt - auch hierbei wird wieder das Jobargument bemüht. Das ist kein untypisches Verhalten für die offiziellen „Arbeitnehmer“vertreterInnen, wobei sie letztlich den KapitalistInnen in der Argumentation nachlaufen. Das ist auch kein Zufall, denn ihre privilegierte Stellung ist im Rahmen der „Sozialpartnerschaft“ absolut abhängig von der Energieindustrie. Dementsprechend hat die IG BCE die Arbeitsplatzstreichung in den 1990er Jahren auch fleißig mitgetragen.

In der Tat braucht es eine Perspektive für die Beschäftigten im Kohlebergbau und in den Kraftwerken und, wie diese für den Kampf gegen die Konzerne gewonnen werden können. Wie es mit den rund 21.000 Menschen (Lausitz und Rheinland) nach einem Kohleausstieg weitergehen soll, beantwortet der aktuelle Aufruf von „Ende Gelände“ leider nicht und erst recht nicht der bürgerliche Teil der Umweltbewegung. Zwar wird im Aktionskonsens geschrieben, dass sich die Aktionen nicht gegen die RWE-MitarbeiterInnen richten, viel mehr aber leider nicht. In der Umweltbewegung gibt es Tendenzen, die ArbeiterInnen in der Energiebranche als GegnerInnen zu betrachten.

Das mag hervorgerufen sein durch Konfrontationen mit dem RWE-Wachschutz oder, weil die ArbeiterInnen mit dem Energiekonzern selbst gleichgesetzt werden. Allerdings ist dies unserer Ansicht nach nicht zielführend. Vielmehr sollte es darum gehen, die Beschäftigten von RWE von ihrer aktuellen Bindung an die Interessen „ihrer“ Konzerne, von RWE, Vattenfall und Konsorten zu brechen und für unseren Kampf zu gewinnen. Das schließt auch ein, ihnen eine Perspektive für die Zeit „nach der Kohle“ vorzuschlagen. Dazu gehören eine Weiterbeschäftigung ohne Lohnverlust und Einsatz bei anderen, für den Umbau des Energiesektors wichtigen Aufgaben.

Diese Perspektive ist nur gegen die Kapitalinteressen durchsetzbar. Erst recht gilt das für die Umstrukturierung des Energiesektors selbst und die Umstellung von Produktion und Konsum im Interesse des Erhalts der Umwelt wie der Menschen. Das ist ohne die Enteignung der Konzerne einfach unmöglich.

Hier zeigt sich aber auch, warum die ArbeiterInnenklasse nicht nur als politische Unterstützerin gewonnen werden, sondern sich zum zentralen Subjekt im Kampf für den Klimawandel erheben muss:

- Nur sie verfügt über das technische Know-how für einen geplanten Ausstieg aus der Kohleverbrennung (nicht nur in Elektrizitätskraftwerken, sondern auch in Heizkraftwerken) hin zu erneuerbaren Energien.
- Sie hat Zugang zu den Produktionsmitteln (Tagebau, Kraftwerk, Forschung) und kann dadurch die Produktion lahmlegen.
- Durch das Lahmlegen der Produktion im Rahmen eines politischen Streiks kann massiv Druck auf Kapital und Staat ausgeübt werden. Dabei kann der Organisationsgrad der Arbeitenden erhöht werden, z. B. durch Aufbau von Streikkomitees und Verteidigung des Streiks gegen Repression.
- Die Organisierung der ArbeiterInnen durch den politischen Kampf kann die Grundlage dafür schaffen, dass die Arbeitenden im Rahmen einer entschädigungslosen Enteignung der Energiekonzerne selbst die Kontrolle über die Produktion übernehmen und sie dahingehend planen, dass ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der Kohleenergie möglich wird, ohne dass es zu ihren Lasten geschieht.

Der Umsetzung dieser Strategie steht derzeit vor allem die Politik der Gewerkschaftsbürokratie entgegen. Nichtsdestotrotz bleibt sie notwendig, da Kapital und Staat unfähig und unwillig sind, auf zügigem Wege aus der zerstörerischen, aber profitbringenden Kohleenergie auszusteigen. Andernfalls ist zu erwarten, dass der Kohleausstieg, wenn er denn kommt, über Arbeitsplatzstreichungen und Steuern auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung finanziert werden soll. In diesem Kontext schlagen wir einen Forderungskatalog vor, der Eckpunkte zur Energiewende mit einer klassenkämpferischen Perspektive verbindet:

- Solidarität mit den BesetzerInnen: Rodung des Hambacher Forstes verhindern! Bullen raus aus dem Wald, organisierte Gegenwehr gegen die Räumungsversuche! Massenaktionen gegen RWE und Kohleindustrie! Bundesweite Aktionskonferenz zur Durchsetzung des Kohleausstiegs!
- Zeigt den ArbeiterInnen von RWE auf, dass wir gemeinsame Interessen haben, unsere

Umwelt zu schützen und die Produktion demokratisch umzugestalten! Dafür braucht es gemeinsame Veranstaltungen, Diskussionen sowie Aktionen vor und in den Betrieben.

- Für die ökologischen Katastrophen ist die herrschende Klasse verantwortlich – daher soll sie für die Schäden aufkommen! Entschädigungslose Enteignung der Energie- und Transportindustrie unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Für den schnellstmöglichen organisierten Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung und Einstieg in klimaneutrale Erzeugung im Rahmen eines Energieplans unter ArbeiterInnenkontrolle! Für einen solchen Plan auf europäischer und weltweiter Ebene, der Verkehr, Industrie, Haushalte, Strom- und Wärmeenergiegewinnung integriert!
- Weg mit dem Emissionsrechtehandel und der Subventionierung von „regenerativer Energie“! Den „blind“ wirkenden Marktmechanismen setzen wir das bewusste, planmäßige Eingreifen in die Produktion entgegen. Für die Förderung von Energie und Ressourcen sparenden Techniken, bezahlt vom Kapital!
- Für ein globales Programm zur Wiederaufforstung von Wäldern, der Renaturierung von Mooren und zum Schutz des Bodens und der Meere als CO<sub>2</sub>-Senken! Entschädigungslose Enteignung von LandbesitzerInnen, nachhaltige Bewirtschaftung unter Kontrolle der ArbeiterInnen und BäuerInnen!
- Für Forschung zur Lösung der Speicherproblematik der erneuerbaren Energien, zur Minimierung bzw. Beseitigung des Schadstoffproblems (Atommüll) unter ArbeiterInnenkontrolle und auf Kosten der Energiekonzerne!
- Gegen die Spaltung von Umweltbewegung und Beschäftigten in umweltgefährdenden Betrieben! Umschulung und neue Arbeitsplätze zu gleichen Löhnen und Arbeitsbedingungen! Gegen prekäre Beschäftigung in der Branche erneuerbarer Energien: gleiche Bedingungen für alle Beschäftigten in Windkraft-, Solarbetrieben wie für jene in Bergbau, AKWs und bei den Stromkonzernen!

---

## **Angriffe auf die Besetzung des Hambacher Forst - Es gibt keinen grünen Kapitalismus**

Der Hambacher Forst (Hambi) ist ein ehemals 12.000 Hektar großes Waldgebiet in Nordrhein- Westfalen und mit seinen 12.000 Jahren einer unserer letzten Urwälder. 11.800 Hektar mussten dem Braunkohletagebau Hambach bereits weichen, welcher im Besitz von RWE ist. Von den heute verbliebenen 200 Hektar Wald sollen nun nochmal 100 Hektar für RWE's Profite abgetötet werden. Seit 2012 gibt es eine Besetzung des Hambacher Forsts durch Aktivist\_innen, die verhindern wollen, dass noch mehr Umwelt zerstört wird. Sie sehen das Problem darin, dass die Menschen, die unter den Folgen der Umweltzerstörung leiden, kein Mitspracherecht haben und daher auch keine Chance haben diese aufzuhalten oder sich dagegen auszusprechen.

Es sind die Kapitalist\_innen, die bestimmen, wann und wie viel Umwelt zerstört wird. Da die Aktivist\_innen sich auch bewusst sind, dass der Staat und seine Repressionsorgane dem kapitalistischen Interesse folgen und dieses umsetzen, sehen

sie sich gezwungen über die rechtlichen Mittel hinaus zu gehen um unsere Lebensgrundlage zu retten. Wir finden diese Einstellung richtig und stehen in voller Solidarität hinter der Besetzung. In den letzten Jahren gab es viele Aktionen rund um den Hambacher Forst und die Besetzung wuchs. 30 Baumhäuser mit 70 Schlafplätzen bieten Platz für Protest, Aktivismus und ein selbstbestimmtes Leben. Ein Baum, wo ein Mensch drauf ist, darf nicht gefällt werden, wodurch diese Art der Besetzung sehr effektiv ist. Außerdem hat die Besetzung sehr viel Rückhalt und Unterstützung von Menschen, die außerhalb des Waldes wohnen. 2017 wurde der Antrag zur Einstellung der Rodungen abgelehnt. Damit zeigte unser Staat erneut, dass die Umwelt hinter den Profiten steht. Es gab schon oft kleinere Versuche den Wald zu räumen und viele Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Aktivist\_innen, sowie einige Prozesse. (siehe auch [www.hambacherforst.org](http://www.hambacherforst.org))

Seit dem 26 August 2018 fährt der Staat einen massiven Angriff auf die Besetzung. Während in Chemnitz zu wenig Polizei eingesetzt wurde, hat die Bundesregierung es geschafft, zum Hambacher Forst 3-4 Hundertschaften zu schicken. Wozu? RWE will in einem Monat anfangen Bäume zu fällen, dies muss von der Polizei geschützt und die Aktivist\_innen müssen nun endlich endgültig vertrieben werden. Zunächst wurden die Leute massiv kontrolliert, indem alle Wege gesperrt wurden. Am Morgen des 28. wurden 20 Menschen festgenommen und das Gebiet zu einem Gefahrengelände erklärt, damit verloren die Aktivist\_innen ihre Rechte. Alle Personen ohne Ausweis wurden auf die Wachen mitgenommen, Privateigentum wurde beschlagnahmt und außer Essen und Trinken durfte nichts mehr ins Widerstandscamp mitgenommen werden. Auffällig ist seit dem 22., dass Polizist\_innen mit ihren Schusswaffen auf Köpfe zielen, bevor sie sie kontrollieren. An dem Tag wo Nazis in Chemnitz ungehindert Menschen jagen konnten, kamen am Hambacher Forst auf jede/n Aktivist\_in 15 Bullen. Sie zerstörten Gebäude, Wege und sprühten Pfefferspray auf Klopapier der Aktivist\_innen. Das Versammlungsrecht wird eingeschränkt, indem Menschen die auf dem Weg zu öffentlichen Veranstaltungen sind und sich auf einer Versammlung befinden, durchsucht werden. Dieses Recht steht über dem Polizeirecht. Am 6.09. fiel sogar der erste Baum, die Bodenstrukturen wurden geräumt, die Rodung frühzeitig begonnen. Tag X wurde nun ausgerufen. Alle, die sich für die Erhaltung der Umwelt einsetzen wollen sollten diese Situation ernst nehmen, das Thema soweit verbreiten, wie es geht oder sogar hinfahren und vor Ort Unterstützung bieten!

Diese Entwicklung und Willkür der Polizei und des Staates, bei der Umsetzung kapitalistischer Interessen, sind damit auf einen neuen Höhepunkt gekommen. Hier sehen wir ein klares Beispiel dafür, dass es keinen grünen Kapitalismus geben wird und Umweltaktivist\_innen, wie Terrorverdächtige behandelt werden, sobald Profit in Gefahr ist. Ein weiteres starkes Beispiel für diese Tatsache sind die Proteste von Standing Rock in den USA vor einem Jahr, wo es um die Erhaltung eines Indianerreservates und sauberem Grundwasser ging. Dort sind Menschen aus aller Welt hingereist, ca 10.000 Menschen lebten zur Hochzeit vor Ort. Mit Militär, Polizei und einer Security von den Betreibern der zu bauenden Pipeline wurde lange gegen das Protestcamp gekämpft. Erst als Trump an die Macht kam hat man es geschafft den

Widerstand zu brechen. Es gab über 450 Festnahmen, viele Verletzte und massiven Einsatz von Gummigeschossen auf Kinder und alte Menschen.

Der Kapitalismus arbeitet in der Theorie mit unendlichen Ressourcen und auch die Wirtschaftsweise, die wir unter kapitalistischen Verhältnissen kennen, orientiert sich nicht an dem was für die Umwelt und uns gesund und wichtig ist, sondern an der größt möglichen Profitmaximierung. Je mehr die Kapitalist\_innen auf eine neue Krise zusteuern desto mehr erhöhen sich die Angriffe auf die Arbeiter\_innenklasse um Rechte dieser einzuschränken und mehr Ausbeutung (Profit) zu erzielen. Das gleiche passiert mit der Umwelt, ihre Ausbeutung wird sich noch steigern unter dem kapitalistischen Weltsystem. Die Folgen der Umweltzerstörung zeigen sich erst nach Jahren. Alles was wir gerade an Klimawandel und Umweltveränderung, Artensterben, Wasserverschmutzung, ect sehen können, resultiert aus der Vergangenheit. Die Langzeitfolgen können wir noch nicht mal richtig vorhersagen. Die „grüne Lüge“ verhindert, dass wir es richtig bemerken und viele denken, dass Greenpeace und Bio ausreichen und Verbesserungen schaffen. Jeder Tag den wir im Kapitalismus leben, wird unsere Umwelt jedoch weiter zerstört. Der Kampf gegen die Umweltzerstörung muss daher immer mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden werden! Wir können uns weder bei diesem Problem noch bei der Problematik des aufsteigenden Faschismus auf den Staat und seine Institutionen verlassen. Diese Strukturen dienen den Kapitalist\_innen. Dies müssen wir aufzeigen und einen Weg finden den Kapitalismus zu stürzen.

Wir, als REVOLUTION, haben das Ziel eine Jugendinternationale aufzubauen, die ein Bewusstsein für sich, ihre Klasse, das System und eben auch die Umwelt bekommt. Wir wollen den Kampf der Arbeiter\_innenklasse gegen die Kapitalist\_innen um nicht nur uns und unsere Eltern zu befreien, sondern auch unsere Umwelt zu retten. Wir diskutieren auch darüber, welche Art der Wirtschaft nötig ist, um sowohl uns alle zu ernähren, als auch der Umwelt zu helfen sich wieder zu regenerieren. Auch in unserem Programm haben wir ein Kapitel dieser Thematik gewidmet, dort findet ihr einige unserer Forderungen zu dem Thema.

Schließt Euch der Proteste im Hambacher Forst an, macht Menschen in eurer Umgebung auf die Situation aufmerksam, zeigt Solidarität und lasst uns einen Weg finden, eine Wirtschaft aufzubauen, die sich nicht am Profit sondern an den Bedürfnissen der Menschen und der Natur orientiert.

---

**„Wenn jeder einen kleinen Beitrag**

# leistet...“ - Umweltzerstörung und was wir dagegen tun können

VON RESA LUDIVIN

Die Welt geht den Bach runter. Seit Anbeginn der kapitalistischen Epoche wurde durch Überausbeutung der Erde unsere Lebensgrundlage heruntergewirtschaftet und immer weiter zerstört. Klimaveränderung, Naturkatastrophen sind die, in erster Linie von Menschenhand gemachte, Folge.

Viele Menschen erkennen die Gefahr und wollen das nicht mehr länger hinnehmen. Kapitalist\_Innen und Regierungen als deren oberste Vertretung sehen das meist anders oder wollen diese Problematik herunterspielen. Das sieht man vor allem daran, dass auch nach der Katastrophe von Fukushima 2011 viele Länder immer noch auf Kernkraft setzen, obwohl nicht nur der dadurch produzierte Atommüll, für den noch keine Lösung gefunden werden konnte, sondern der Betrieb an sich eine Gefahr für Mensch und Natur birgt. Ein anderes Beispiel hierfür ist die immer weiter voranschreitende Abholzung des Regenwaldes, die somit auch noch die Existenz indigener Völker bedroht, nur um weiter den Profiten hinterherzujagen.

Menschen entscheiden sich aus eben diesen Gründen für Produktboykott, Gegenstände zu re- oder upzucyclen, ihren Müll zu reduzieren und und und....

## **Konsumboykott = politischer Konsum = die Welt retten? Individueller vs. kollektiver Widerstand**

Die Umwelt zu retten, ist „In“! Und das ist auch gut so. Viele Menschen boykottieren dafür bestimmte Produkte, seien es bestimmte Tierprodukte oder Firmen wie Coca-Cola oder Nestlé. Bewusster Verzicht ist gerade bei jungen Leute zum Teil der „Popkultur“ geworden, supportet von DIY-Tipps der NGOs u.a.- von „Atomausstieg selber machen“ bis Veganismus gegen den Welthunger, ist alles dabei.

Allerdings dürfen diese guten Absichten und Ansätze nicht dazu führen, dass der eigene Anteil zur Bekämpfung von Umweltzerstörung damit getan ist. Sie verschleiern nämlich die Ursachen der Umweltzerstörung. Denn gegen Klimawandel zu sein, ist keine „individuelle Sache“, sondern eine Klassenfrage. Denn die herrschende Klasse kann sich aussuchen in welcher Klimazone sie wohnt, die Arbeiter\_Innenklasse nicht. Es bringt also nichts, wenn man versucht, sich dem alleine zu stellen.

Bewusster Konsum: ja bitte! Doch kann dies nicht das Ende der Reise im Kampf gegen Umweltzerstörung sein. Denn ob man die Erde „rettet“, wird nicht beim Einkaufen entschieden, sondern auf der Straße! So etwas wie grünen Kapitalismus gibt es nicht. Nur wer die gesellschaftlichen Produktion, die Umweltzerstörung hervorgebracht haben, kontrolliert, kann letzten Endes auch nachhaltig was für diesen Planeten oder gegen Massentierhaltung tun. Als Einzelperson, die lediglich seinen\*ihren eigener Konsum regelt, erreicht man nichts. Gemeinsam hingegen viel!

## **Umweltzerstörung - Sozialismus ist die Lösung!?**

Braunkohle und Atomkraft, die Kernelemente der Energiefrage, aber auch der Umweltzerstörung, werden stets als alternativlos hingestellt. Massentierhaltung und die Verabreichung von Medikamenten an die Tiere, um Tierprodukte zu einem Spottpreis zu verkaufen, ja als Kapitalist\_Innen konkurrenzfähig zu bleiben, ebenso. Dabei gibt es längst Alternativen: Der technische Fortschritt hat uns an den Punkt gebracht, wo bspw. Solarenergie nicht mehr nur Zukunftsmusik ist. Da die Gewinnspanne weiterhin geringer als bei den fossilen Energien ist, verläuft der Umstieg zu schleppend, doch der Klimawandel fordert entschlossenes Handeln. Und was den übertriebenen Fleischkonsum sowie damit einhergehende Folgen für die Umwelt angeht, ist dieser auch nur Auswuchs einer Wohlstandsgesellschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Doch allein der Begriff Wohlstandsgesellschaft deutet an: Nicht alle bekommen etwas von dem Kuchen bzw. dem Fleisch ab. Überkonsum bleibt ein Phänomen derer, die es sich leisten können und der Rest bleibt außen vor. Dies gilt vor allem im globalen Rahmen. Kein Wunder also, dass auch die Konsumkritiker\_Innen zumeist aus der Mittelschicht kamen. Aus der Umwelt und aus der Ware Arbeitskraft wird Mehrwert, sprich Profit für die Kapitalist\_Innen geschöpft. Die Kosten für das erwirtschaften von Profiten sollen dabei so gering wie möglich gehalten werden. Im Gegensatz zu den zumindest teilweise organisierten Arbeiter\_Innen kann sich die Umwelt nicht wehren. Für Ihre Erhaltung einzutreten, um damit unsere Lebensgrundlage zu sichern, ist deshalb immer eine Aufgabe von Linken im Kampf für die Revolution! Das Ende der Ausbeutung der Umwelt sowie ein Leben in Einklang von Mensch und Natur ist nur möglich wenn auch die Ausbeutung der Arbeiter\_Innen ein Ende hat. Denn nur wenn der Profitzwang beseitigt ist, der durch die kapitalistische Wirtschaft bedingt ist, kann die Lebensmittel- sowie Energieproduktion bedarfsorientiert und nicht profitorientiert sein und das kann nur funktionieren, wenn die Produktion von Arbeiter\_Innen demokratisch kontrolliert wird. Natürlich ist die Produktionsstätte nur der kleinste Teil einer Einheit. Auch der Staat muss dafür in Arbeiter\_Innenhand gebracht werden.

Wir fordern:

- Gegen den Trend des individuellen Kampfes. Lasst uns organisieren, vernetzen und die Umweltrage gemeinsam angehen!**
  - Schluss mit der Ausbeutung der Umwelt! Nachhaltigkeit statt Profit!**
  - Für strikte Kontrollen und hohe Straf gelder oder Enteignung bei zu widerhandeln für umweltverschmutzende Firmen. Die imperialistischen Staaten sollen für die von ihnen verursachten Schäden bezahlen!**
  - Für die Produktion in Arbeiter\_Innenhand! Für die Demokratisierung der Wirtschaft!**
-



# NGOs gegen COP23 - ein NoGO? Oder: Mit Unterschriftenlisten die Klimakatastrophe verhindern?

**Leonie Schmid und Marvin Schutt**

Es gibt auch andere Gruppen, neben uns, die dem COP 23 kritisch gegenüberstehen. Das sind vor allem NGOs, die sich dem Umweltschutz verschrieben haben, wie beispielsweise Greenpeace, NABU, der BUND oder auch attac. NGOs - das steht für Non-Governmental Organisations, also auf deutsch Nichtregierungsorganisationen.

Sie scheinen dadurch unabhängiger zu sein als beispielsweise die „Grüne Jugend“, die sich zwar auch für Umweltthemen einzusetzen scheint, aber faktisch mit den Grünen zusammenhängt. Manche NGOs machen Aktionen oder führen wissenschaftliche Studien durch, um Menschen aufzuklären und Druck auf Regierungen auszuüben. Andere sammeln Geldspenden oder Unterschriften für Projekte. Und wieder andere führen die Projekte selber komplett durch, fliegen zum Beispiel als Freiwillige um die halbe Welt, und versuchen vor Ort etwas aufzubauen.

Auch, wenn wir das Engagement und den Mut vieler NGO-Aktivist\_Innen sehr schätzen, müssen wir ihnen auch ehrlich sagen, dass sie auf diese Weise die drohende Klimakatastrophe nicht verhindern werden können. Sie erzählen uns, dass wir mit einer kleinen Spende, hier einer Unterschrift und da dem Verzicht auf ein böses klimaschädigendes Produkt einen großen Beitrag zum Umweltschutz leisten könnten. Dabei verschleiern sie, dass der Kampf gegen Umweltzerstörung keine individuelle Frage ist, die wir vom Schreibtisch aus erledigen können. Konsumboykott oder Spenden sind eine nette Idee. Das Problem dabei ist, dass diese im Kapitalismus keine gesamtgesellschaftliche Perspektive aufwerfen. Nur weil man sein eigenes Leben ändert, gibt es Millionen Anderer, die es sich beispielsweise nicht leisten können, keine Zeit haben oder denen es an Bewusstsein mangelt, darauf zu achten, welche Produkte sie boykottieren sollen. Im Prinzip verheimlichen die NGOs, dass Umweltzerstörung untrennbar mit der Profitlogik des Kapitalismus verbunden ist, und tun so, als könne man das Klima retten ohne den Kapitalismus als Ganzes in Frage zu stellen.

Ein anderes Problem der NGOs ist ihre Intransparenz und ihr Umgang mit Geldspenden. Wer garantiert den Menschen, die etwas gespendet haben, dass ihr Geld auch da ankommt, wofür sie es gegeben haben? Kommt nicht die vollständige Summe, die für ein Projekt benötigt wird, zusammen, wandert das Geld dann auch gerne mal in die Taschen der NGO-Chefs. Ebenso sind die Umwelt-NGOs überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Während sich die Regierungen der wirtschaftlich stärksten Länder nicht von den Ökos in ihre Wirtschaftspolitik spucken lassen, wird in Asien, Afrika oder Südamerika gerne mal eine gewählte Regierung im Namen von Umwelt-

NGOs entmachtet und bekommt Auflagen aufgezwungen, die ihre wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber den starken Nationen weiter zementieren. So wurden beispielsweise allein in Afrika 14 Millionen Menschen entschädigungslos vertrieben, um Naturreserve zu errichten. Der Kapitalismus hat also die einst rebellischen Ziele der NGO-Aktivist\_Innen bereits vollständig seinem System des Profits und der globalen Ungleichheit unterworfen.

Am meisten Unterstützung erhalten die Umwelt-NGOs deshalb vor allem von Menschen, denen die Umwelt schon am Herzen liegt, denen es aber auch ökonomisch ziemlich gut in diesem System geht, sodass sie es nicht als Ganzes hinterfragen wollen. So kann man das schlechte Öko-Gewissen für den neugekauften BMW mit einer Spende an Greenpeace oder den WWF schnell wieder gut machen. Man kann sich mit der Kritik der NGOs an einzelnen Persönlichkeiten (wie z.B. Trump) anfreunden, ohne die kapitalistische Klassengesellschaft hinterfragen zu müssen.

Auch für viele Jugendliche sind die Umwelt-NGOs attraktiv. Wir profitieren zwar nicht vom Kapitalismus sondern werden sogar stark unterdrückt! Viele von uns akzeptieren aber unsere Unterdrückung und Bevormundung oft als natürlich und glauben nicht an eine Gesellschaft, in der dies anders sein könnte. Auch die Tatsache, dass man sich in NGOs unverbindlich und flexibel organisieren kann (indem man sich spontan in die Einkaufspassage stellt und ein paar Unterschriften für die Robben in Grönland sammelt) passt in den von Turbo-Abi, Hausaufgabebergen und Nebenjobs geprägten Alltag vieler Jugendlicher.

Zumal es diesbezüglich zwischen attac, NABU, WWF, BUND oder Greenpeace auch erhebliche Unterschiede gibt, ist ihnen allen gleich, dass sie das Märchen vom „grünen Kapitalismus“ propagieren.

## **Grüner Kapitalismus - gibt es so etwas?**

Wir, als revolutionäre Jugend, gehen davon aus, dass es keinen grünen Kapitalismus geben kann. Warum? Weil ein System, das auf Profit ausgerichtet ist, dazu gezwungen ist, die Umwelt schonungslos auszubeuten. Auch wenn es vielleicht Staatsoberhäupter oder Konzerne gibt, die sich umweltbewusst geben, ist es viel einfacher und kostengünstiger, umweltverschmutzend zu produzieren. Selbst wenn es staatliche Regulierungen in unserem aktuellen System gäbe, die profitorientierten Kapitalinteressenten würden einen Weg finden, sie zu umgehen und ihre Abwasser weiter in Flüsse zu leiten oder weiter ihre Öltanker ungesichert in See stechen lassen und die nächste Ölkatastrophe für die Weltmeere produzieren. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass die GLOBALE Umweltverschmutzung auch nur GLOBAL und international gelöst werden kann. Auch das ist nicht im Interesse der egoistischen Kapitalfraktionen, denn eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, die nicht mal im Sinne ihres Profites steht, würden sie nicht wagen. Auch die Überproduktion und Verschwendung natürlicher, überlebenswichtiger und endlicher Ressourcen aufgrund der Konkurrenz, zeigt, dass Akkumulation von Kapital wichtiger als die Verbesserung des Umweltschutzes ist. Diese beiden Dinge stehen im ständigen Widerspruch und

müssen sich zwangsläufig auflösen, um eine echte Veränderung durchzuführen und die Lebensgrundlage, für Mensch, Tier und Natur zu sichern.

## **Was tun?**

Sicher, das Problem liegt darin, dass es im Kapitalismus keinen Platz und kein Interesse von den Herrschenden für Umweltschutz gibt. Diese Herrschenden müssen also entmachtet und durch die Herrschaft Aller in einer Rätedemokratie ersetzt werden. Statt der sinnlosen Überproduktion und Konkurrenz brauchen wir eine demokratische Planwirtschaft, die nicht für den Profit produziert, sondern auf nachhaltige Weise die Bedürfnisse aller Menschen auf der Welt befriedigen kann. Nicht zu verwechseln mit der DDR-Planwirtschaft, die nicht demokratisch kontrolliert wurde, sondern von einzelnen Partei-Bonzen und Bürokrat\_Innen.

Damit wir dorthin kommen, müssen wir uns als Kommunist\_Innen schonungslos für die Umwelt einsetzen und dieses Thema mit einer antikapitalistischen Perspektive verbinden! Deswegen werden auch wir gegen COP23 protestieren und unsere Forderungen lautstark auf die Straße tragen!

## **Wir fordern:**

- Für strikte Kontrollen und hohe Strafgelder für umweltverschmutzende Firmen. Stoppt den Handel mit Treibhausgasen, der verhindert, dass sich die armen Länder entwickeln können! Die imperialistischen Staaten sollen für die von ihnen verursachten Schäden bezahlen!
- Alle imperialistischen Nationen müssen ihre Treibhausgase um mindestens 30 % bis 2020 verringern
- Große Investitionen in alternative Energien und kostenlose öffentliche Verkehrsmittel - Weg von einer Wirtschaft, die auf fossilen Brennstoffen beruht. Nehmt das Geld der Ölindustrie und Energiekonzerne, um in Wind, Wasser und Solarenergie zu investieren
- Verstaatlichung aller Transport- und Energieunternehmen unter Arbeiter\_Innenkontrolle!

---

# **Die Uhr tickt: Retten wir, was noch zu retten ist!**

**Christian Mayer**

Vom 06. bis 17.11.2017 findet in Bonn der Klimakonferenz COP 23 statt. Die Abkürzung steht für Conference of the Parties und tagt nun zum 23. Mal. Im Fokus dieser Konferenzen steht der Klimawandel. Dort sollen Beschlüsse gefasst

werden, um dessen Folgen für die Menschheit abzumildern. Hört sich jetzt gar nicht so verkehrt an, also warum dagegen auf die Straße gehen?

## **Viel Gerede, keine Erfolge oder: Wie man unsere Erde tot redete**

Seit den 1990er-Jahren wird über den Klimawandel geredet. Davor wollten die Herrschenden nämlich nicht wahrhaben, dass das Überleben der Menschheit akut gefährdet sind. Es brauchte erst das Atomunglück von Tschernobyl 1986, den gesunkenen Öltanker „Exxon Valdez“ im Jahr 1989, der für eine der größten Ölkatastrophen der Geschichte verantwortlich ist und viele, große Proteste, damit die Herrschenden gezwungen wurden, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

So fand 1997 im japanischen Kyoto eine große Klimakonferenz statt, auf der erstmals verbindliche Beschlüsse gegen den Klimawandel gefasst wurden. Unter Anderem sollten bis zum Jahre 2008 die Treibhausgase wie CO<sub>2</sub> um 5,2 % gegenüber den Werten von 1990 gesenkt werden. Doch längst nicht alle Länder haben diesem Ziel zugestimmt. Die USA haben diese Vereinbarung bis heute abgelehnt und auch Kanada ist im Jahre 2011 aus diesem Protokoll wieder ausgestiegen. In den Jahren danach wurde dann versucht, ein weiteres Abkommen zu schließen, dass tatsächlich alle Länder verbindlich dazu verpflichten würde, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Im Jahre 2015 wurde nach zähen, oft ergebnislosen Verhandlungen dann tatsächlich ein Abkommen beschlossen, in dem sich alle Staaten dazu verpflichteten, etwas wirklich wirksames gegen den Klimawandel und weitere Umweltprobleme zu tun. Soweit jedenfalls die Theorie. In der Praxis sieht das dann schon ein bisschen anders aus. Da hat Donald Trump, seines Zeichens amtierender US-Präsident und überzeugter Gegner des Klima- und Umweltschutzes, kurzerhand den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen verkündet. (Mehr dazu in unserem Artikel „Macht Trump die Erde kaputt?„.)

Kurz zusammengefasst: Jeder ernsthafte Versuch, ein solches Abkommen zustande zu bringen, scheiterte am Widerstand der USA, Chinas, Indiens und anderer Staaten, deren herrschende Klasse lieber auf Wirtschaftswachstum zu Lasten der Umwelt setzten statt auf Umweltschutz.

Die Folgen: Allein die Verschmutzung des Wassers in Indien ist so stark, dass jährlich 2 000 000 (in Worten zwei Millionen!) Menschen daran sterben.

## **Und was soll Bonn verändern?**

Gute Frage. So genau ist sich die Konferenz da auch nicht sicher. Übrigens: die Klimakonferenz sollte dieses Jahr auf den Fidschi-Inseln im Pazifik stattfinden. Diese sind aber zu klein um eine solche Konferenz abzuhalten, deswegen wurde sich auf Bonn geeinigt. Praktisch für Deutschland: Einmal mehr kann man sich als das „grüne Vorzeigeland“ präsentieren und der Welt demonstrieren, was denn schon alles im Kampf gegen den Klimawandel bisher erreicht, sowie umgesetzt wurde. Ein bisschen zynisch, wenn man an den immer weiter ausufernden Diesel-Skandal der deutschen

Autoindustrie denkt, an die Tonnen an Schadstoffen, die durch die Braunkohleverbrennung in die Luft gejagt werden, oder daran, dass wir - seit über 6 Jahren - zwar vom Atomausstieg reden, das aber erst 2022 möglich sein wird und selbst das noch nicht mal heißt, dass die Atomkraftwerke endgültig abgeschaltet werden.

## **Aktiv werden statt labern!**

Die Ausgangslage ist also beschissen. Unsere Lebensgrundlage wird systematisch zerstört und die Politiker\_Innen reden nur leere Worte, die großen Unternehmen denken nur an ihren Profit. Was können wir also tun? Wir müssen aktiv werden und unsere Zukunft in unsere Hand nehmen! Im November gehen wir in Bonn auf die Straße, um gegen leere Versprechungen und lose Absprachen zu demonstrieren. Wenn wir noch ein bisschen länger auf diesem Planeten leben wollen, müssen wir jetzt sofort etwas ändern.

## **Deswegen fordern wir:**

- Umstellung des Verkehrssystems vom Individualverkehr zu einem integrierten öffentlichen Verkehrssystem - her mit einem kostenlosen Nahverkehrsnetz, sowie der Entwicklung eines nachhaltigen Warentransportsystems!
- Umstellung der Nahrungsmittelproduktion auf ein System ökologischer Nachhaltigkeit, das sich an den Interessen der Arbeitenden auf dem Land und in der Lebensmittelproduktion sowie den Konsument\_Innen orientiert.
- Planmäßiger globaler Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger, dazu massiver Ausbau erneuerbarer Energien auf Kosten der Energiekonzerne. Ausbau der Forschung zur emissionsneutralen Produktion und Energieversorgung.

Das alleine reicht uns aber nicht. Um den Klimawandel zu stoppen, müssen wir seine Ursache an der Wurzel packen. Das sind nicht, wie oftmals dargestellt, die Konsument\_Innen. Es ist unsere Art und Weise zu produzieren. Statt um die Bedürfnissen der Menschheit geht es um mehr, mehr und nochmals mehr Profite. Weder NGOs, noch 10 weitere Klimakonferenzen werden das ändern. Auch nicht die „freie“ Wahl jedes einzelnen, den Müll zu trennen oder Strom zu sparen. Deswegen müssen wir uns gut organisieren. Als REVOLUTION denken wir, dass es notwendig ist, die großen Konzerne zu enteignen und unter Arbeiter\_Innenkontrolle zu stellen, damit endlich nach den Bedürfnissen Aller und nicht für die Profite von Wenigen produziert wird. Das können wir aber nicht alleine schaffen. Also, wenn auch du genug von der Umweltzerstörung und dem endlosen Gelaber von Klimagipfeln hast, auf denen nix Vernünftiges rauskommen kann, dann schließ' dich uns an und komm mit uns zu den Gegenaktionen zur Klimakonferenz im November in Bonn. Unsere Zukunft liegt in unseren Händen, also lasst uns retten, was noch zu retten ist!

---

# Macht Trump die Erde kaputt?

**Frieda Alessandrova**

Kurz nach seinem Amtsantritt unterschrieb Donald Trump ein Dekret, was die von Obama eingeleiteten Schritte zum Klimawandel rückgängig macht. Dabei geht es hauptsächlich um die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen sowie den Abbau der Kohleindustrie und strengere Auflagen zum Fracking. Trump besiegelt damit abermals seine "America-First"-Politik, und stellt sich demonstrativ gegen die im Pariser Klimaabkommen erklärten Ziele zur Verringerung der Erderwärmung. Eine Abkehr vom Klimaabkommen sei noch nicht beschlossen, man berate aber darüber.

Trump war schon vor seiner Kandidatur zum US-Präsident, als er noch ein einfacher Immobilienhai war, ein bekannter Leugner des von Menschen verursachten Klimawandels. 2012 behauptete er online, der Klimawandel sei eine Erfindung "der Chinesen", um die USA nicht mehr wettbewerbsfähig zu machen. Derselben Logik folgt nun auch seine Politik. Die Stärkung der heimischen Kohleindustrie diene dazu, den "einfachen Arbeitern" wieder eine Perspektive zu geben. Über die vermeintliche Arbeiter\_Innenfreundlichkeit Trumps haben wir in dem Artikel „Wohin steuern die USA“ schon einmal geschrieben. Tl;dr: ist gar nicht so. Trumps Politik ist zutiefst arbeiter\_Innenfeindlich. Dies zeigt sich beispielsweise in der von ihm geplanten Gesundheitsreform „TrumpCare“. Durch diese sollen große Ersparnisse in der Gesundheitsversicherung möglich sein. Für wen? Für die Bundesregierung und Haushalte mit einem Einkommen von über 100 000 USD pro Jahr. Arbeiter\_Innenhaushalte sparen nichts, werden jedoch noch zusätzlich zur Kasse gebeten. Fehlgeburten und das Überleben von sexueller Gewalt gilt dann als Vorbelastung und kann zur Einstufung in höhere Tarife führen.

Trump's Zugang zur Umweltpolitik zeigt sich sehr anschaulich in seinem Verhältnis zur Umweltschutzbehörde EPA. Bereits vor seinem Amtsantritt hat er angekündigt, Dutzende Projekte sowie 20 % der Stellen streichen zu wollen. In der Selbstdarstellung der Behörde wurde das Wort "wissenschaftlich" entfernt und ihre Aufgabe auf das einfache Prüfen der technischen Durchführbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen reduziert.

Innerhalb des Kapitalismus ist immer das Profitinteresse maßgebend für die Politik, bei Trump ist dies jedoch krasser aus zwei Gründen. Erstens: Trump ist ein Bonaparte, er kommt und regiert direkt aus Kapitalist\_Innenklasse, und gibt sich keine Mühe, das zu verdecken. Gleichzeitig macht er weißen Arbeiter\_Innen verbale Zugeständnisse und versucht, sich darüber zu halten.

Zweitens: wenn es Hoffnung für die Erde geben soll, muss jetzt ein Umdenken und

Handeln geschehen. Wir können uns keine weiteren Klimakatastrophen leisten. Wie dieses Umdenken aussehen soll, darauf kommen wir später zu sprechen.

Um die Erderwärmung signifikant reduzieren zu können, müssen bis zum Jahr 2050 die Schwergewichte in der Energiegewinnung, wie das Verbrennen von Öl und Braunkohle, zum Stillstand kommen. Zu der umstrittenen Methode zur Erdöl- und Erdgas-Förderung, dem Fracking, gibt es bislang wenig wissenschaftlich fundierte Studien über die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern, wenn den verantwortlichen Stellen weiterhin ihre Arbeit unmöglich gemacht wird. Dennoch sind in den USA gravierende Schäden festzustellen, wo Fracking eingesetzt wurde. Beim Fracking werden unter Hochdruck Sand und Chemikalien in Gestein geblasen, um das dort gelöste Erdgas freizusetzen und so förderbar zu machen. Dadurch steigt die Gefahr von Erdbeben in der Region und Luft und Wasser wird durch die Chemikalien extrem belastet.

Auch die Braunkohleindustrie leistet traditionell ihren Beitrag zur Verschmutzung unserer Erdatmosphäre. Der Kohleabbau ist ein sehr dreckiges Geschäft. Ganze Landstriche und das Grundwasser werden verwüstet und stillgelegte Braunkohletagewerke sind nur sehr aufwendig und zeitintensiv renaturierbar. Auch beim Verbrennen von Kohle entsteht sehr viel CO<sub>2</sub>, was in die Atmosphäre entlassen wird und die Ozonschicht angreift.

Obama wollte strengere Auflagen für diese Arten der Energiegewinnung erlassen., die jedoch ebenso an der unteren Grenze lagen von dem, was notwendig wäre, um einen deutlichen Einfluss auf die Klimaerwärmung zu haben. Trump nimmt diese Auflagen nun zurück und so werden den USA, dem zweitgrößten Klimasünder der Erde, doch keine Grenzen gesetzt.

Somit werden die Ziele der Pariser Klimakonferenz, die sowieso recht zurückhaltend formuliert waren, nicht mehr der wegweisende Durchbruch sein, als der sie vor einem Jahr noch gefeiert wurden.

Was sind unsere Alternativen? Wie würde die Problematik des Umweltschutzes von revolutionär-marxistischer Perspektive analysiert werden? Fest steht: echter Klimaschutz innerhalb des Kapitalismus ist nicht möglich! Das Problem liegt in der Produktionsweise, die auf Überfluss basiert. Sie ist nicht bedarfsgerecht, sodass nur produziert wird, was gebraucht wird, sondern folgt dem Profitinteresse, was über dem Überleben des Planeten steht. Durch Absprache zwischen den Produzenten kann eine Überproduktion verhindert werden und der Abfall deutlich reduziert werden. Schließlich ist das Verbrennen von Müll sehr klimaschädlich und für viele Materialien wurde noch keine klimaschonende Entsorgung erfunden. Davon abgesehen, dass das Verbrennen viel schneller und damit profitabler geschieht.

Durch eine bedarfsgerechte Produktionsweise würde es viel kürzere Transportwege geben, da Lebensmittel wieder lokal produziert werden können. Außerdem kann eine ökologische Nutztierhaltung entstehen, in der Fleisch kein Massenprodukt ist und

Wälder wieder aufgeforstet werden, weil sie nicht mehr für Weideflächen gebraucht werden.

Solche Absprachen sind natürlich nur möglich in einer Produktion unter Arbeiter\_Innenkontrolle, durch die die Produzenten nicht miteinander im Wettbewerb stehen. Dann ist auch die Offenlegung der Geschäftsbücher der Firmen möglich. Damit kann ihre Produktionsweise überprüft werden und die Müllentsorgung im Besonderen. Auch der Emissionshandel würde nicht mehr funktionieren. Es sollte unmöglich gemacht werden, dass Firmen über Umwege mit Unterhändlern ihre Verbrechen verschleiern. Kurz gesagt: Wenn nicht mehr profitorientiert produziert wird, müssten fossile Brennstoffe nicht mehr ausgebeutet werden, die Ölindustrie wäre nicht mehr so unverzichtbar und die Forschung an erneuerbarer Energie könnte ausgebaut werden. Und wie schaffen wir das? Wir dürfen die Zukunft der Erde nicht in Klimakonferenzen und Gipfeltreffen wie G20 legen. Diese können niemals eine Perspektive für uns sein, und die Art, wie sich mächtige Männer und Frauen den Beschlüssen dieser Zusammenkünfte einfach widersetzen und daran vorbeiregieren können, zeigt, dass da keine Verpflichtungen dahinterstehen.

Wir müssen Umweltschutz konsequent mit Antikapitalismus verbinden, müssen als Revolutionär\_Innen dafür kämpfen, die Konzerne zu enteignen und unter Arbeiter\_Innenkontrolle zu stellen, damit wir nach unseren Bedürfnissen produzieren und nicht nach dem Profitinteresse Weniger!